DIE PARLAMENTSWAHLEN IN DÄNEMARK 2019

2019-3
MIDEM-Policy Brief

MIDEM
MERCATOR FORUM
MIGRATION UND DEMOKRATIE

1. WAHLEN IM ZEICHEN DER MIGRATION

Am 5. Juni 2019 haben die Dänen ihr neues Parlament, das *Folketing*, gewählt. Den Termin hatte Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen am 7. Mai bekanntgegeben; der Wahltag markiert zugleich den Tag des dänischen Grundgesetzes. Der dänische Wahlkampf fiel daher relativ kurz aus und überschnitt sich teilweise mit den Europawahlen, die zehn Tage vorher stattfanden. Wie immer wurden bei der Folketingswahl 179 Abgeordnete gewählt, davon 175 direkt in Dänemark und jeweils zwei in den autonomen Regionen Färöer und Grönland. Eine Besonderheit des dänischen Wahlrechts liegt in der relativ niedrigen Sperrklausel von 2 % der Stimmen.

Traditionell werden die Parteien in Dänemark in zwei ‚Blöcke' unterteilt, innerhalb derer Regierungen, häufig auch Minderheitsregierungen, gebildet werden: den ‚roten' und den ‚blauen' (vgl. Abb. 1). Schon lange hatten Meinungsumfragen darauf hingedeutet, dass der rote Block diesmal überlegen sein würde. Die Sozialdemokraten führten die Umfrageergebnisse dabei stets an und drohten die amtierende Mitte-Rechts-Regierung abzulösen. Diese hatte seit 2016 in Form einer von Lars Løkke Rasmussen geführten Minderheitsregierung aus liberaler *Venstre*, Liberaler Allianz und Konservativer Volkspartei regiert, die sich von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (DF) unterstützen ließ. Ein ähnliches Tolerierungsmodell hatte es bereits von 2001 bis 2011 gegeben, als sich eine Minderheitsregierung aus Venstre und Konservativer Volkspartei unter Fogh Rasmussen bzw. seit 2009 unter seinem Nachfolger Lars Løkke Rasmussen von der DF unterstützen ließ. In dieser Zeit wurde die dänische Migrations- und Integrationspolitik deutlich verschärft, und auch andere Parteien – darunter die Sozialdemokraten – rückten in ihren migrationspolitischen Forderungen und ihrer Rhetorik deutlich nach rechts (Heinze 2018: 293f.).

Glossar: Abkürzungen der politischen Parteien

S *Socialdemokraterne* Sozialdemokraten	**K** *Kristendemokraterne* Christdemokraten
Å *Alternativet* Grüne	**P** *Stram Kurs* Strammer Kurs
C *Det Konservative Folkeparti* Konservative	**RG** *Enhedslisten – de rød-grønne* sozialistisch-grün
D *Nye Borgerlige* Neue Bürgerliche	**RV** *Radikale Venstre* Sozialliberale
DF *Dansk Folkeparti* Dänische Volkspartei	**SF** *Socialistisk Folkeparti* Sozialistische Volkspartei
I *Liberal Alliance* Liberale	**V** *Venstre – Danmarks Liberale Parti* Liberale

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN
STIFTUNG MERCATOR
UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Abb. 1: Übersicht über die dänischen Parteien

Roter Block	S	Socialdemokraterne
	RV	Radikale Venstre
	SF	Socialistisk Folkeparti
	RG	Enhedslisten – de rød-grønne
	Å	Alternativet
Blauer Block	V	Venstre – Danmarks Liberale Parti
	DF	Dansk Folkeparti
	C	Det Konservative Folkeparti
	I	Liberal Alliance

Quelle: Eigene Darstellung

In den letzten Jahren wurde die dänische Migrations- und Integrationspolitik abermals deutlich verschärft, wobei viele Maßnahmen von den Sozialdemokraten unterstützt wurden. So dürfen Asylbewerbern zum Beispiel seit 2016 Wertsachen wie Bargeld und Schmuck abgenommen werden, um ihren Aufenthalt mitzufinanzieren. 2018 wurde zudem ein ‚Burka-Verbot' eingeführt, und die sogenannten ‚Ghetto-Gesetze' wurden erlassen. In diesem Rahmen sollte in 29 ausgewählten Stadtvierteln unter anderem eine Kita-Pflicht eingeführt, Kinder verstärkt in dänischer Sprache unterrichtet, Straftaten härter bestraft und mehr Polizeipräsenz durchgesetzt werden, um ‚Parallelgesellschaften' aufzulösen. Zur Diskussion standen sogar Zwangsumsiedlungen und Abrisse ganzer Wohnblöcke (Dake 2018). Viele dieser Maßnahmen, etwa das Verschleierungsverbot sowie das ‚Schmuckgesetz', wurden von den Sozialdemokraten mitgetragen. Dies stieß jedoch innerhalb der Öffentlichkeit sowie im Parteienwettbewerb auf Kritik. Die Insel Lindholm kann als ein Sinnbild für die zunehmende Polarisierung zwischen liberalen und restriktiven migrationspolitischen Forderungen gesehen werden: Im Dezember 2018 entschied die Mitte-Rechts-Regierung, dass auf der unbewohnten Insel ab 2021 Asylbewerber ohne Bleibeperspektive untergebracht werden sollen (Jeska 2019). In der Folge kam es zu Demonstrationen, und alle Parteien im roten Block – außer den Sozialdemokraten – grenzten sich von dieser als ‚Symbolpolitik' wahrgenommenen Maßnahme ab.

Wie erwartet, wurden die Sozialdemokraten in den Wahlen stärkste Kraft, während die Mitte-Rechts-Regierung abgewählt und vor allem die DF deutliche Stimmenverluste zu verzeichnen hatte. Obwohl der rote Block die Mehrheit hat, dürfte es der Vorsitzenden der Sozialdemokraten, Mette Frederiksen, schwerfallen, eine stabile Regierung zu bilden. Bleibt sie ihrem bisherigen migrations- und integrationspolitischen Kurs treu, scheint eine Koalition mit den anderen linken Parteien unwahrscheinlich zu sein. Diese hatten sich im Wahlkampf und in ihren Wahlprogrammen deutlich gegen eine restriktive Migrationspolitik ausgesprochen. Kurz vor den Wahlen stellte Frederiksen daher in Aussicht, dass sie eine alleinige Minderheitsregierung anstrebe, die – je nach Themenbereich – mit beiden Blöcken kooperieren wolle. Unterstützung in migrationspolitischen Fragen suche man dann bei der DF und in sozialpolitischen Fragen bei den linken Parteien. Ob und wie lange ein solches Modell, das für Dänemark ein Novum darstellen würde, funktionieren kann, oder ob sich eine andere Minderheitskonstellation zusammenfindet, bleibt abzuwarten.

2. DER WAHLKAMPF

2.1 BEDEUTUNG VON MIGRATION

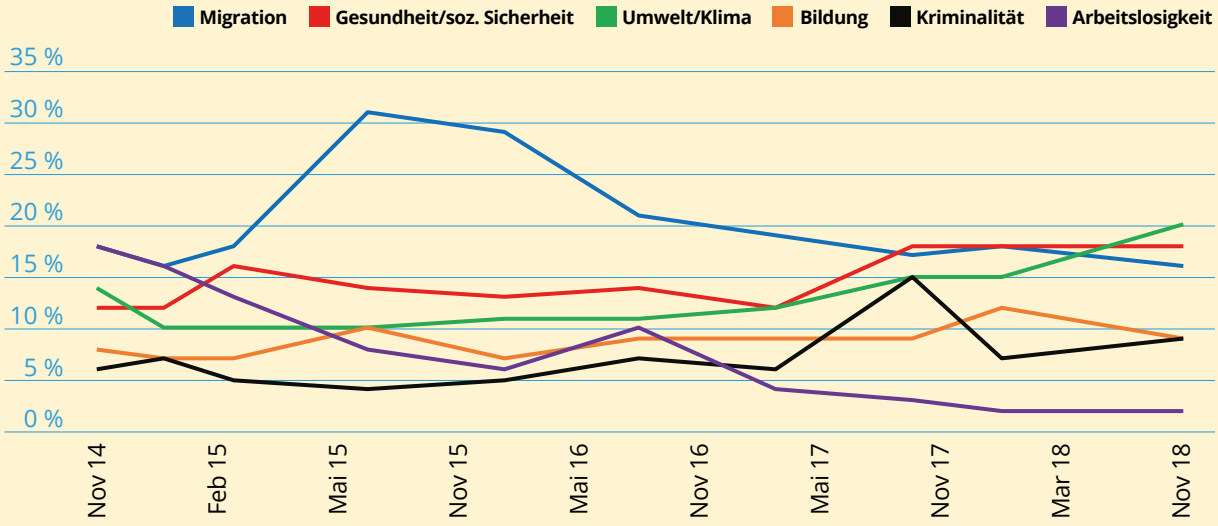
Migration ist in Dänemark schon lange eines der wichtigsten Themen. Zwar fiel das Thema seit Ende 2018 – wie in vielen anderen west- und nordeuropäischen Ländern – hinter Politikfeldern wie Umwelt- und Klimaschutz zurück, bleibt aber in den Augen der dänischen Bevölkerung eines der drei wichtigsten Themen (vgl. Abb. 2). Auch im Vergleich zu den anderen nordischen Ländern wird Migration in Dänemark als besonders wichtig eingeschätzt. Seinen Höhepunkt erreichte die öffentliche Bedeutung bzw. Salienz von migrationspolitischen Fragen – wie in vielen anderen Ländern der EU – Ende 2015. Neben Migrations- und Klimapolitik spielen in Dänemark traditionell wohlfahrtsstaatliche Fragen eine wichtige Rolle. Besonders relevant waren diesmal die Themenbereiche Gesundheit und soziale Sicherheit, doch wurden auch bildungspolitische Fragen als wichtig eingeschätzt. Im Gegensatz zur letzten Wahl 2015 spielte das Thema Arbeitslosigkeit diesmal keine nennenswerte Rolle.

Gegenüber Immigration aus Nicht-EU-Ländern sind Dänen etwas negativer eingestellt als der EU-Durchschnitt und ihre nordischen Nachbarn. Seit 2015 schwanken die Umfragewerte diesbezüglich nur sehr geringfügig: Stets steht ca. ein Drittel der befragten Dänen Migration aus Nicht-EU-Ländern sehr oder eher positiv gegenüber und etwas weniger als zwei Drittel sehr oder eher negativ (ca. 8 % geben an, dazu keine Meinung zu haben) (Europäische Kommission 2018). Ähnlich dem EU-Durchschnitt wird Immigration aus anderen EU-Ländern deutlich positiver wahrgenommen: Demgegenüber äußern im Durchschnitt zwei Drittel der befragten Dänen seit 2015 eine sehr oder relativ positive Haltung, wobei dieser Wert sogar sukzessive auf aktuell 72 % angestiegen ist (Europäische Kommission 2018). Demgegenüber finden sich immer weniger Dänen, die Immigration aus anderen EU-Ländern sehr oder relativ negativ gegenüberstehen; in der letzten Umfrage waren es 22 % (um die 6 % gaben jeweils an, diesbezüglich keine Meinung zu haben).

2.2 MIGRATIONSPOLITIK ALS URSACHE PARTEIPOLITISCHER POLARISIERUNG

Um zu verstehen, warum das dänische Parteiensystem – vor allem innerhalb des roten Blocks – polarisierter denn je ist, lohnt sich ein Blick auf die migrations- und integrationspolitischen Forderungen der Parteien. Diese sind in den letzten Jahren deutlich restriktiver geworden, vor allem bei den Parteien im blau-

Abb. 2: Wichtigste Themen für Dänemark



Quelle: Europäische Kommission 2018 / Eigene Darstellung

en Block, aber auch bei den Sozialdemokraten. Die kleineren linken Parteien grenzen sich hingegen verstärkt von diesem Kurs ab. So entstand ein zunehmend großes migrationspolitisches Gefälle zwischen restriktiven und liberalen Positionen, das auch innerhalb des roten Blocks für Spannungen sorgt.

Die größte Partei im roten Block sind die dänischen **Sozialdemokraten**. Sie sind unter ihrer seit 2015 amtierenden Parteivorsitzenden Mette Frederiksen inhaltlich und rhetorisch in Richtung einer restriktiveren Migrations- und Integrationspolitik gerückt. In ihrem Wahlprogramm forderte die Partei unter anderem die Einführung einer jährlichen Obergrenze für nicht-westliche Migranten, da die Anzahl von Zugewanderten Auswirkungen auf deren Integration habe (Socialdemokraterne 2019). Zudem möchte sie zusammen mit anderen EU-Ländern ein Aufnahmezentrum für Flüchtlinge außerhalb Europas einrichten; ‚spontane' Asylanträge auf dänischem Boden soll es nicht mehr geben. Weiterhin sollen strenge Anforderungen für die Familienzusammenführung nach Dänemark gelten, insbesondere für Ehepartner. Diese umfassen unter anderem dänische Sprachkenntnisse und eine Berufstätigkeit in Dänemark. Darüber hinaus soll die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern grundlegend erleichtert werden: Es soll eine neue Spezialeinheit der Polizei mit besonderen Befugnissen in diesem Bereich eingerichtet werden, die Asylsuchenden sollen bereits bei der Einreise nach Dänemark eine umfassende Beratung zu ihrer Rückreise erhalten, die freiwillige Rückkehr soll finanziell unterstützt werden, und es soll keine Entwicklungshilfe an Länder gezahlt werden, die sich weigern, ihre eigenen Bürger wieder aufzunehmen (Socialdemokraterne 2019). Die Sozialdemokraten unterstützen auch die Aufrechterhaltung der dänischen Grenzkontrollen und treten dafür ein, dass Neuankömmlinge in Dänemark nicht sofort in vollem Umfang dänische Sozialleistungen in Anspruch nehmen können. In ihrer Argumentation nutzen sie dabei wiederholt den Ausdruck der ‚Parallelgesellschaften', die es durch eine ‚starke' Integrationspolitik zu verhindern gelte (Socialdemokraterne 2019). In der letzten Legislaturperiode hatten die Sozialdemokraten diesbezüglich auch viele migrations- und integrationspolitische Maßnahmen der Mitte-Rechts-Regierung unterstützt, etwa das Verschleierungsverbot. Damit reagierte die Partei auch auf interne Meinungsumfragen im Herbst 2018, nach denen 37 % der sozialdemokratischen Kernwählerschaft deren Migrationspolitik als zu lasch erachteten (Orange 2019). Der Kurs unter Frederiksen schien bei den Wählern gut anzukommen und so erreichten die Sozialdemokraten in Meinungsumfragen stets Platz eins. Die 41-jährige Spitzenkandidatin konnte sich demzufolge schon vor den Wahlen relativ gute Chancen auf den Ministerpräsidentenposten ausmalen und entsprechend selbstbewusst auftreten.

Jedoch stieß der Rechtsruck innerhalb der sozialdemokratischen Partei sowie im roten Block teilweise auf Widerstand. Innerhalb der eigenen Partei ging Frederiksen relativ hart gegen Abweichler vor. So entließ sie die Parteisprecherin Mette Gjerskov nach deren Kritik am Burka-Verbot aus ihrem Amt (Orange 2019). Auch von den anderen Parteien im roten Block wurde Protest laut. Die sozialliberale **Radikale Venstre** (RV) kündigte an, sich keiner Regierung unter sozialdemokratischer Führung anzuschließen, solange die Partei ihre migrationspolitische Haltung nicht mäßigt (Barrett 2019). In ihrem Wahlprogramm spricht sich die RV zwar gegen eine unkontrollierte Einwanderung aus, doch stellt sie sich genauso eindeutig hinter die Integration von Migranten anstelle von deren Isolation und Bestrafung (Radikale Venstre 2019). Sie möchte Maßnahmen, die in den letzten Jahren eingeführt wurden – zum Beispiel das Verschleierungsverbot oder das ‚Schmuckgesetz' – rückgängig machen. Zur besseren Integration möchte die RV unter anderem dadurch beitragen, dass die Zusammensetzung in Kindergärten, Schulen und Wohngebieten gemischter wird und damit stärker die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt.

Auch die **Sozialistische Volkspartei** und die links-grüne **Alternative** machten die Unterstützung einer Regierung unter sozialdemokratischer Führung von deren migrationspolitischer Haltung abhängig (Bröning 2019). Sie kritisierten vor allem die von den Sozialdemokraten mitgetragene und von der Regierung bereits umgesetzte Reduzierung finanzieller Sozialleistungen für anerkannte Asylbewerber. In ihrem Wahlprogramm spricht sich auch die Sozialistische Volkspartei ausdrücklich gegen die aktuelle ‚Symbolpolitik' der Regierung aus (Socialistisk Folkeparti 2019). Sie fordert eine humanitärere Asylpolitik und eine bessere Integration der Neuankömmlinge, ohne Rücksicht auf Religion oder Hautfarbe. Zum Beispiel soll die Obergrenze für Geldleistungen abgeschafft werden. Die links-grüne Alternative setzt sich ebenfalls für eine solidarische Gesellschaft und den Respekt vor anderen kulturellen Hintergründen ein (Alternativet 2019). Sie sieht Flüchtlinge in erster Linie unter humanitären Gesichtspunkten und nicht als sozialpolitische Belastung. Die Alternative fordert eine bessere Rechtssicherheit für Asylsuchende (auch bei der Asylverweigerung) und eine schnellere Bearbeitung der Asylanträge, damit Asylbewerber schnell am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. In die gleiche Kerbe schlägt auch die sozialistisch-grüne **Einheitsliste**. Sie setzt sich für Respekt und Rechtssicherheit für Asylsuchende ein und fordert eine Überarbeitung der äußerst strengen Regeln für die Familienzusammenführung und die dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung (Enhedslisten 2019). Alle drei kleinen Parteien des roten Blocks stehen Migration folglich deutlich aufgeschlossener gegenüber als die Sozialdemokraten, was ein Zusammengehen bei der Regierungsbildung unwahrscheinlich erscheinen lässt.

Im blauen Block ist die liberale **Venstre** seit 1994 die stärkste Kraft (zuvor war es die Konservative Volkspartei). In ihrem Wahlprogramm fordert sie, die Außengrenzen der EU besser zu schützen und Migration zu kontrollieren, um illegale Einwanderung zu verhindern und die Anstrengungen gegen Terrorismus und andere Straftaten zu verstärken (Venstre 2019). Solange die Außengrenze nicht kontrolliert wird, müsse die dänische Grenze aufrechterhalten werden. Venstre setzt sich zudem für eine Reform der EU-Zusammenarbeit im Bereich Asyl ein, wobei sie sich gegen eine Quotenregelung zur Umverteilung von Flüchtlingen ausspricht. Auch weist sie auf ihrer Homepage darauf hin, dass unter ihrer Regierungsführung die Zahl der Asylsuchenden seit 2015 deutlich zurückgegangen ist und mehr Einwanderer erwerbstätig sind. Dadurch, dass weniger Menschen nach Dänemark kommen, könne auch mehr Geld in wohlfahrtsstaatliche Leistungen investiert werden, etwa in den Gesundheitsbereich oder in die Hilfe außerhalb Europas.

Ihre bisherigen Koalitionspartner, die Konservative Volkspartei und die Liberale Allianz, gehören ebenfalls zum blauen Block. Die **Konservative Volkspartei** spricht sich für die Bekämpfung von ‚Parallelgesellschaften' aus, etwa, indem die Polizei in ‚Ghettos' stärker vertreten ist und mehr Kompetenzen bekommt (Konservative Folkeparti 2019). Zugleich sollen Zuwanderer an verpflichtenden Sprachkursen teilnehmen und sich selbst versorgen müssen. Arbeiten sie nicht ganzjährig, so sollen sie nicht die volle staatliche Unterstützung erhalten. Auch die **Liberale Allianz** nutzt eine deutlich harschere Rhetorik als die Parteien im roten Block: In ihren Augen ist die dänische Integrationspolitik historisch gescheitert, weil nicht-integrationswillige Einwanderer nach Dänemark gekommen und zu wenige Anforderungen gestellt worden seien (Liberal Alliance 2019). Sie verweist auch auf die hohen Kosten nicht-westlicher Einwanderer für die dänische Gesellschaft, auf deren angebliche Überrepräsentation in der Kriminalitätsstatistik, deren schlechtes Abschneiden in der Schule und die vermeintlich großen Probleme mit ‚Parallelgesellschaften' und Radikalisierung. In ihren Augen besteht die Lösung darin, Einwanderer möglichst schnell in Arbeitsverhältnisse zu bringen und auf diesem Weg zu integrieren.

Seit 2001 ist die rechtspopulistische **Dänische Volkspartei** drittstärkste Kraft im dänischen Parteiensystem. Sie ging 1995 aus der bereits 1972 gegründeten steuerkritischen Fortschrittspartei hervor, welche seit Mitte der 1980er-Jahre migrationskritische Positionen besetzt hatte (Heinze 2018: 293). Diesen Kurs setzte die DF – zunächst unter ihrer Parteivorsitzenden Pia Kjærsgaard und seit 2012 unter Kristian Thulesen Dahl – fort. Im Wahlkampf 2019 forderte sie vor allem die Verschärfung der Migrationspolitik, das heißt eine Reduzierung der Anzahl von Migranten insgesamt (Dansk Folkeparti 2019). Ihr Programm enthält 146 Einzelforderungen, unter anderem nach der dauerhaften und stärkeren Kontrolle der dänischen Grenzen, an denen Asylbewerber auch abgelehnt werden sollen. Zudem sollen die Sprach- sowie Beschäftigungsanforderungen für die Staatsbürgerschaft und die Regeln für die Ausweisung krimineller Ausländer weiter verschärft werden.

Bei der diesjährigen Wahl drohte der DF auch Konkurrenz von rechts: Die **Nye Borgerlige** (Neue Bürgerliche, kurz: D) trat zum ersten Mal bei einer Folketingswahl an. Sie war Ende 2015 von ehemaligen Mitgliedern der Konservativen Volkspartei ins Leben gerufen worden und vertritt nationalistische und islamfeindliche Positionen. Die Partei setzt sich für eine radikale Neuausrichtung der Migrationspolitik und eine Stärkung der ‚kulturellen Wertegemeinschaft' Dänemarks ein (Nye Borgerlige 2019). Dabei nutzt sie eine besonders harsche Rhetorik, etwa fordert sie einen ‚totalen Asylstopp'. Zudem soll die dänische Staatsbürgerschaft nicht an Einwanderer oder deren Nachkommen vergeben werden, wenn diese aus islamischen Ländern kommen, da dies ein Sicherheitsrisiko für das dänische Volk darstelle. Auch das Recht auf den Erhalt von Sozialleistungen soll an die dänische Staatsbürgerschaft verknüpft sein. Ausländer, die in Dänemark leben und arbeiten, sollten hingegen eine Pflichtversicherung für Arbeitslosigkeit und Rente abschließen. Einwanderer, die nach zwei Jahren noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben, sollen ausreisen müssen. Kriminelle Ausländer sollen nach der ersten Verurteilung konsequent abgeschoben werden.

Ebenfalls zum ersten Mal stellte sich der zwei Jahre zuvor gegründete **Stram Kurs** zur Wahl. Auch er vertritt nationalistische, islamfeindliche Positionen, zum Beispiel setzt er

sich für ein komplettes Islamverbot, die Abschiebung aller Muslime und die Bewahrung Dänemarks als eine ‚ethnische Gemeinschaft' ein (Boffey 2019). Ihr Parteivorsitzender, Rasmus Paludan, wurde wegen Rassismus zu einer Haftstrafe verurteilt und provoziert mit öffentlichen Koranverbrennungen in Einwanderungsvierteln (Bröning 2019). Proteste seiner Anhänger und Gegendemonstrationen endeten in Straßenschlachten. Anfang Mai erreichte die Partei in Meinungsumfragen 2,4 bis 3,9 %, sodass der Einzug ins Parlament wahrscheinlich schien (Reuters 2019).

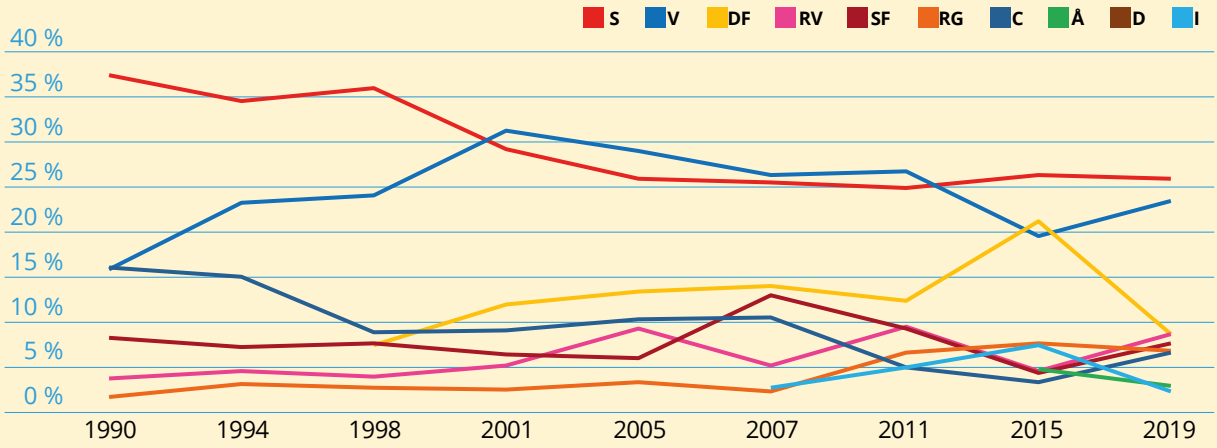
In enger Verknüpfung mit den migrations- und integrationspolitischen Forderungen steht das Argument des Wohlfahrtsstaates. Vor allem die Parteien des blauen Blocks sowie die Sozialdemokraten argumentierten, dass die starken wohlfahrtsstaatlichen Leistungen nur dann gewährleistet werden könnten, wenn es insgesamt weniger Zuwanderer gebe und diese dafür besser integriert würden.

3. DIE WAHLERGEBNISSE IM EINZELNEN

Abermals zogen neun Parteien ins dänische Folketing ein. Es bleibt damit weiterhin sehr fragmentiert (vgl. Abb. 3).

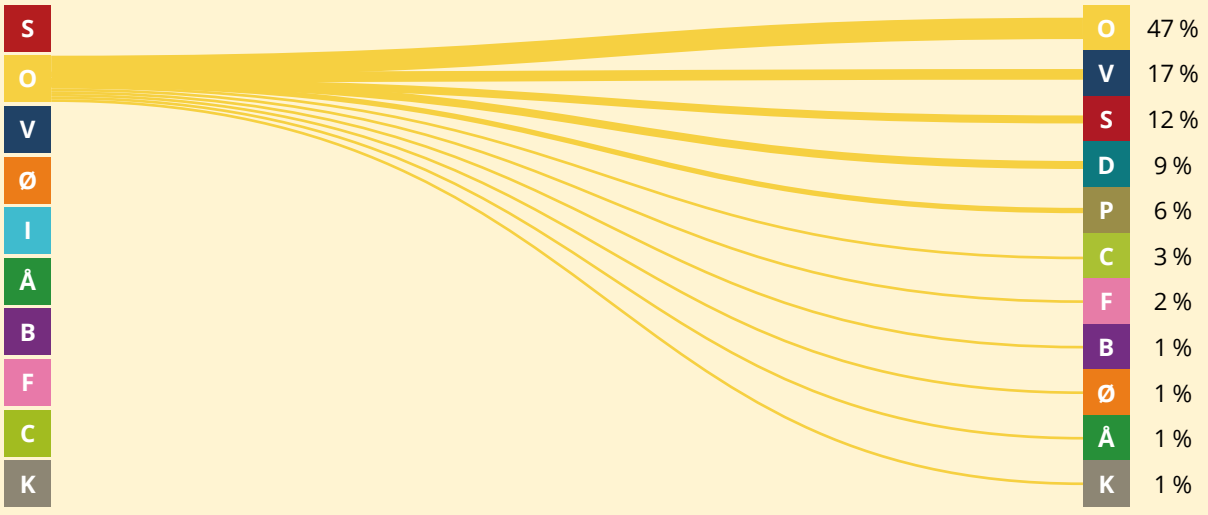
Noch am Wahlabend wurden die Sozialdemokraten mit 25,9 % als Wahlsieger gefeiert. Das Wahlergebnis konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie im Vergleich zu den letzten Wahlen sogar geringfügig an Stimmen verloren (-0,4 %). Zugleich erreichten sie ein schlechteres Ergebnis als ihnen in vielen Meinungsumfragen zuvor prognostiziert worden war. Die anderen linken Parteien konnten hingegen große Stimmengewinne einholen: Die Sozialliberalen (8,6 %; +4,0 %) und die Sozialistische Volkspartei (7,7 %; +3,4 %) verdoppelten ihr Ergebnis fast. Die rot-grüne Einheitsliste (6,9 %; -0,9 %) und die grüne Alternative (3,0 %; -1,8 %) fuhren hingegen Stimmenverluste ein. Dennoch gewann der rote Block eine deutliche Mehrheit (52,1 %).

Abb. 3: Wahlergebnisse zum Parlament 1990-2019



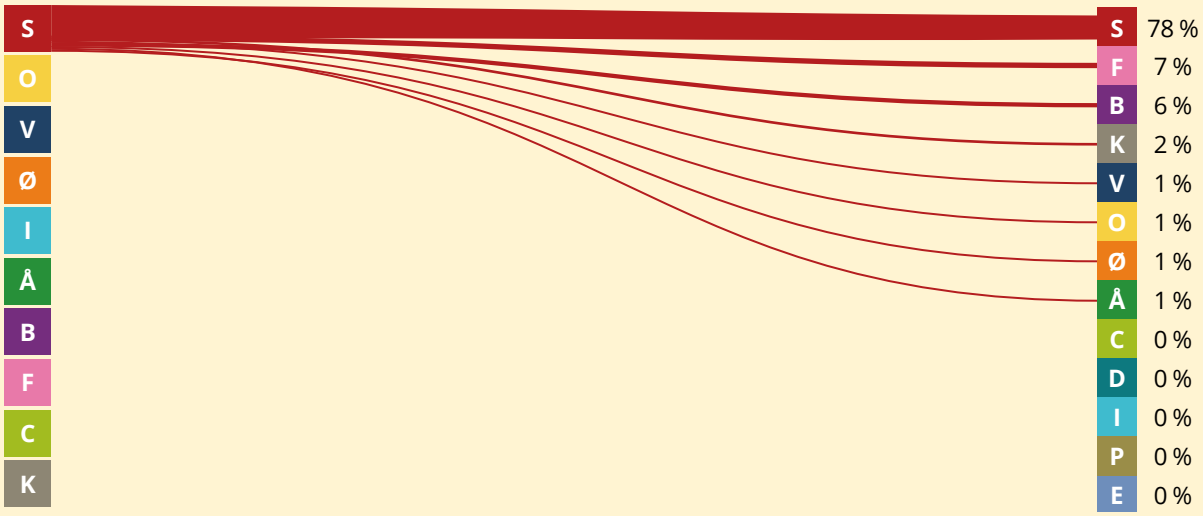
Quelle: Danmarks Statistik / Eigene Darstellung

Abb. 4: Wählerwanderung der DF



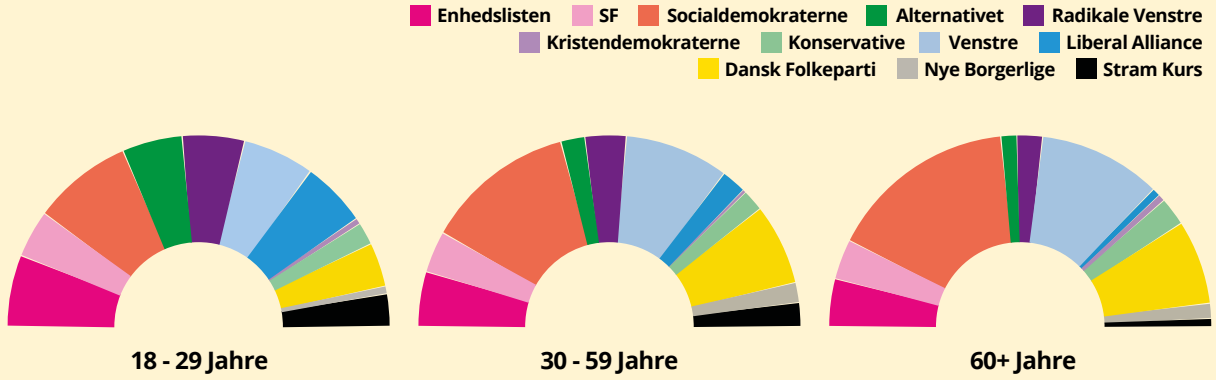
Quelle: DR DK 2019b / Eigene Darstellung

Abb. 5: Wählerwanderung der Sozialdemokraten



Quelle: DR DK 2019b / Eigene Darstellung

Abb. 6: Altersstruktur der Wähler



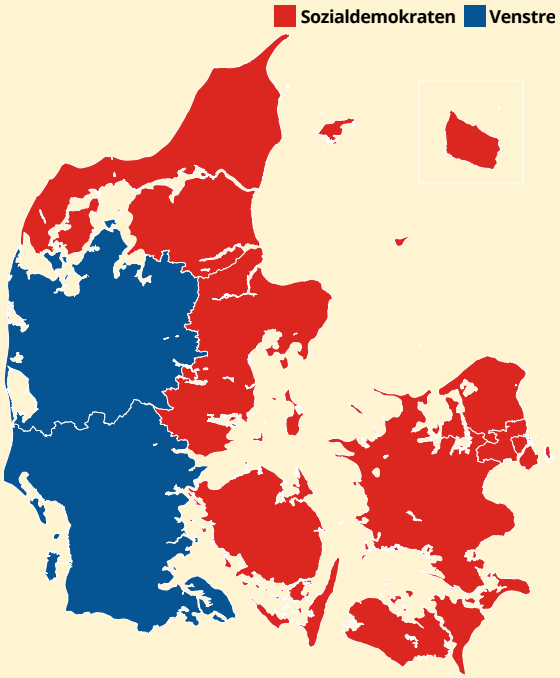
Quelle: Mandag Morgen 2019 / Eigene Darstellung

Obwohl auch Venstre Stimmen zulegen konnte, schaffte es die Regierungspartei mit 23,4 % nur auf Platz 2 (+3,9 %). Ihre Koalitionspartner konnten ihr nicht zur Mehrheit verhelfen: Der Liberalen Allianz gelang mit 2,3 % der Stimmen nur äußerst knapp der Sprung ins Parlament (-5,2 %) und selbst die Stimmenverdopplung der – immer noch relativ schwachen – Konservativen Volkspartei (6,6 %; +3,3 %) konnte in dieser Situation nicht weiterhelfen.

Dass der blaue Block seine Mehrheit verlor, kann auch auf die massiven Stimmenverluste der DF zurückgeführt werden. Wie bereits Umfrageergebnisse hatten vermuten lassen, war sie bei diesen Wahlen der größte Wahlverlierer: Hatte sie 2015 noch mit 21,1 % der Stimmen ihr historisch bestes Wahlergebnis eingefahren, stürzte sie diesmal auf 8,7 % der Stimmen ab (-12,4 %). Dies kann zum einen auf diverse Parteifinanzskandale (v.a. zur Verwendung von EU-Geldern) zurückgeführt werden sowie auf die Tatsache, dass die DF umwelt- und klimapolitischen Fragen wenig Aufmerksamkeit schenkte. Im Vorfeld hatte Pia Kjærsgaard umweltpolitisch interessierte Wähler als „Klimanarren" (*klimatosser*) bezeichnet, während Kristian Thulesen Dahl Kritikern der landwirtschaftlichen CO2-Ausstöße „Klimahysterie" vorwarf (Sorensen 2019). Zudem wanderten viele ehemalige Wähler der DF nicht nur an die beiden großen Parteien ab, sondern auch an die neuen Konkurrenten rechts von ihr. So zogen die ‚Neuen Bürgerlichen' (2,4 %) erstmalig ins Parlament ein, während der ‚Stramme Kurs' (1,5 %) unter der Sperrklausel blieb.

Die Sozialdemokraten konnten mit ihrem restriktiven migrationspolitischen Kurs 12 % der ehemaligen DF-Wähler gewinnen, doch überzeugte Venstre sogar noch mehr von ihnen (vgl. Abb. 4). Gleichzeitig verloren die Sozialdemokraten 13 % Stimmen an die Sozialistische Volkspartei und die Sozialliberalen, was die Stimmengewinne aus dem blauen Block wieder ausglich (vgl. Abb. 5).

Abb. 7: Stimmenverteilung entlang der Wahlbezirke



Quelle: DR DK 2019a / Eigene Darstellung

Ein Blick auf die Altersstruktur der Wähler verdeutlicht, dass die beiden größten Parteien – die Sozialdemokraten und Liberalen – in der Gruppe der über 60-Jährigen den größten Rückhalt genießen (vgl. Abb. 6). In dieser Alterskohorte wird auch die DF nach wie vor am stärksten gewählt. Dahingegen verteilen die 18- bis 29-Jährigen ihre Stimmen auf sehr unterschiedliche Parteien. Dabei gilt auch für Dänemark, was bereits in den Europawahlen zuvor beobachtet werden konnte: Die jungen Wähler geben ihre Stimme derzeit überdurchschnittlich häufig Parteien, die grüne Positionen vertreten.

Interessant ist auch, dass die Sozialdemokraten in 55 von 92 Wahlkreisen die Mehrheit der Stimmen gewinnen konnten, wobei diese vor allem im Osten des Landes liegen (vgl. Abb. 7). Im Gegensatz dazu mobilisierte Venstre vor allem im westlichen Teil Dänemarks. Dabei nahm sie der DF zahlreiche Wahlkreise im Südwesten des Landes ab, in denen sie 2015 noch stärkste Kraft geworden war. Die linken und grünen Parteien erhielten bei diesen Folketingswahlen vor allem in den Metropolen Zustimmung.

4. AUSBLICK

Nach den Wahlen ist das dänische Parteiensystem weiterhin sehr fragmentiert und polarisiert. Obwohl die Sozialdemokraten abermals stärkste Kraft wurden, werden die Koalitionsgespräche für Frederiksen nicht einfach. Mit ihrem restriktiven migrationspolitischen Kurs hat sie sich bei den klassischen Bündnispartnern im roten Block, der nach den Wahlen die Mehrheit auf sich vereint, keine Freunde gemacht. Im Laufe des Wahlkampfs hatten sich die anderen linken Parteien, die teilweise starke Stimmengewinne verzeichnen konnten, klar von der migrations- und integrationspolitischen Haltung der Sozialdemokraten distanziert. Es bleibt demnach abzuwarten, ob es Frederiksen gelingt, eine alleinige Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten – je nach Themenfeld – zu etablieren bzw. inwiefern sie mit dem blauen Block kooperiert.

Darüber hinaus verdeutlichen die Wahlen in Dänemark, warum bei der Frage nach dem Einfluss rechtspopulistischer Parteien nicht nur auf die reinen Wahlergebnisse geschaut werden darf, sondern auch politische Themen eine entscheidende Rolle spielen. So hat die rechtspopulistische DF diesmal zwar massiv an Wählerunterstützung verloren, doch sind die Mitte-Rechts-Parteien sowie die Sozialdemokraten in den letzten Jahren in ihren migrations- und integrationspolitischen Forderungen und in ihrer Rhetorik deutlich nach rechts gerückt. Egal, wie die Regierung nach den schwierigen Koalitionsverhandlungen aussehen wird: In naher Zukunft ist kein Kurswechsel in der dänischen Migrations- und Integrationspolitik zu erwarten.

LITERATUR

Alternativet 2019: Asyl og integration; verfügbar unter: https://alternativet.dk/politik/vores-politik/asyl-og-integration (letzter Zugriff: 28.05.2019).

Barrett, Michael 2019: With election looming, is Denmark's opposition irreversibly split over immigration?; verfügbar unter: https://www.thelocal.dk/20190402/with-election-looming-is-denmarks-opposition-irreversibly-split-over-immigration (letzter Zugriff: 03.05.2019).

Bröning, Michael 2019: Rechts erfolgreich; verfügbar unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/daenemark-sozialdemokraten-migrationspolitik-rechtspopulismus-neuwahlen (letzter Zugriff: 28.05.2019).

Dake, Björn 2018: Problemviertel als Klinkerbauten; verfügbar unter: https://www.tagesschau.de/ausland/daenemark-ghettogesetz-101.html
(letzter Zugriff: 05.06.2019).

Danmarks Statistik 2019: Folketingsvalg Onsdag 5. Juni 2019; verfügbar unter: http://www.dst.dk
(letzter Zugriff: 06.06.2019).

Dansk Folkeparti 2019: Stramninger på udlændingepolitikken; verfügbar unter: https://danskfolkeparti.dk/politik/stramninger-paa-udlaendingepolitikken/
(letzter Zugriff: 28.05.2019).

DR DK 2019a: Det Politiske Danmarkskort; verfügbar unter: https://www.dr.dk/nyheder/politik/resultater/folketingsvalg (letzter Zugriff: 06.06.2019).

DR DK 2019b: Vælgervandring; verfügbar unter: https://www.dr.dk/nyheder/politik/vaelgervandringer#A2015 (letzter Zugriff: 06.06.2019).

Enhedslisten 2019: Udlændinge og integration; verfügbar unter: https://enhedslisten.dk/politikomraade/udlaendinge-og-integration (letzter Zugriff: 28.05.2019).

Europäische Kommission 2018: Eurobarometer Interactive; verfügbar unter: http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/index
(letzter Zugriff: 28.05.2019).

Heinze, Anna-Sophie 2018: Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers. Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison; in: West European Politics 41:2, S. 287-309.

Jeska, Andrea 2019: Flüchtlinge auf die Insel; verfügbar unter: https://www.zeit.de/gesellschaft/2019-02/migration-fluechtlinge-daenemark-lindholm-asylbewerber
(letzter Zugriff: 07.05.2019).

Konservative Folkeparti 2019: Respekt for loven og vores fælles værdier; verfügbar unter: https://konservative.dk/politik/respekt-for-loven-og-vores-faelles-vaerdier/#parallelsamfund (letzter Zugriff: 28.05.2019).

Liberal Alliance 2019: Integrationspolitik; verfügbar unter: https://www.liberalalliance.dk/politik/integrationspolitik/ (letzter Zugriff: 28.05.2019).

Mandag Morgen 2019: De unges, de modnes og de ældres folketing; verfügbar unter: www.mm.dk
(letzter Zugriff: 06.06.2019).

Nye Borgerlige 2019: En retfærdig udlændingepolitik; verfügbar unter: https://nyeborgerlige.dk/politik/udlaendingepolitik/ (letzter Zugriff: 28.05.2019).

Orange, Richard 2019: Mette Frederiksen: the anti-migrant left leader set to win power in Denmark; verfügbar unter: https://www.theguardian.com/world/2019/may/11/denmark-election-matte-frederiksen-leftwing-immigration?CMP=share_btn_tw
(letzter Zugriff: 28.05.2019).

Radikale Venstre 2019: Politik; verfügbar unter: https://valg.radikale.dk/politik/ (letzter Zugriff: 28.05.2019).

Reuters 2019: New far-right party seen entering Danish parliament: opinion poll; verfügbar unter: https://www.reuters.com/article/us-denmark-election/new-far-right-party-seen-entering-danish-parliament-opinion-poll-idUSKCN1SC0WF (letzter Zugriff 13.05.2019).

Socialdemokraterne 2019: Udlændingepolitik; verfügbar unter: https://www.socialdemokratiet.dk/da/politik/udlaendingepolitik/ (letzter Zugriff: 27.05.2019).

Socialistisk Folkeparti 2019: En Human Flygtningepolitik; verfügbar unter: https://sf.dk/det-vil-vi/integration/
(letzter Zugriff: 28.05.2019).

Sorensen, Martin Selsoe 2019: Denmark Faces an Election Fueled by Anger on Climate and Immigration; verfügbar unter: https://www.nytimes.com/2019/06/04/world/europe/denmark-election-climate-immigration.html (letzter Zugriff: 05.06.2019:

Venstre 2019: Udfordring 2: Bedre styr på migrationen; verfügbar unter: https://www.venstre.dk/politik/et-trygt-danmark-i-et-staerkt-europa/udfordring-2-bedre-styr-paa-migrationen (letzter Zugriff: 28.05.2019).

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:
- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:
- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Autorin:
Anna-Sophie Heinze

Redaktion:
Dr. Oliviero Angeli
Caroline Dominica Konsek

Gestaltung:
Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2019

Alle Bilder sind entweder in unserem Eigentum oder das Urheberrecht ist an Ort und und Stelle gekennzeichnet. Sollte ein Bild fehlerhaft ausgewiesen sein, bitten wir, uns dies schnellstmöglich anzuzeigen.

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN

STIFTUNG MERCATOR

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN